

Sachsische Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 7/38

Bezugspreis: vom 1.-10. 2 24 120 Goldmark. — Postgebühren werden sämtliche Postämtern, Stuttgart und unter Ausdehnung empfangen. — Abgabe ebenfalls an Verlag und Subskribenten.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 24 mm breit mit Grundzeile 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Sonntag-Anzeigen 4 Pfennig. Belegblätter 3 Pfennig. Die 8 Spalten 20 mm breit 20 Pfennig. Rabat nach Carl. Erklärungen: Halle-Saale.
Verlagsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Politische Redaktion Leipzig 29/312.	Mittwoch, 15. Februar 1924	Verlagsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurier 22. 9290. Kleine Berliner 5 Briefmarken. — Druck u. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale

Schacht über die Ergebnisse der Sachverständigenarbeit

Der Stand der Währungsfrage

Dr. Schacht über seine Pläne

Berlin, 12. Februar.

Nachdem Dr. Schacht am 10. d. M. die Sachverständigen über den Stand der Währungsfrage in Kenntnis gesetzt hat, sind die Arbeiten der Sachverständigen in den letzten Tagen, insbesondere in den letzten Tagen, in sehr lebendiger Weise vor sich gegangen. Er ging aus von der Auffassung, daß unter den gegebenen Verhältnissen Deutschland an eigener Kraft unmöglich zu einer Geldwährung gelangen könne, schon weil die

Die Sachverständigen hoffen, diesen ihren Plan mit größter Beschleunigung durchzuführen; in wenigen Wochen soll die Reparationskommission ihrer Meinung noch dazu gelangen können, diese

endgültige Währungsreform zur praktischen Durchführung zu bringen. Der Reichspräsident, der aufseiner das Tempo der Arbeiten der Reparationskommission etwas weniger optimistisch beurteilt, hat die Sachverständigen auf die große Verantwortung aufmerksam gemacht, die sie für den Erfolg der Sache, daß er auf die Verwirklichung seiner eigenen Notenbankpläne verzichte. Die Sachverständigen haben in Würdigung der Situation denn auch gegen die Weiterführung der eigenen Arbeiten Schacht seine Einwendungen erhoben.

Es ist nur festzustellen, daß diese Arbeiten so geführt werden sollen, daß dadurch die endgültige Währungsreform der Sachverständigen nicht behindert wird, indem das Einbringen der Geldbank Schacht in die endgültige Währungsreform, was das Komitee für endgültig fest, sich ohne Schwierigkeiten ermöglichen und durchführen läßt.

Gegenüber für ihren Plan gestehen. Man darf daher vielleicht sogar annehmen, daß die neue Verfassung der Aktion nur ein Vorwand für die Kommunikation ist, um die Abgabe ihrer bisherigen Aufgaben zu bewerkstelligen. Im übrigen ist die Polizei für alle Fälle bereit.

Absolute Mehrheit des Ordnungsbundes in Thüringen

Weimar, 12. Februar.

Wie schon bekannt wird, ist durch die Landesliste der 33. Sitz für den thüringischen Ordnungsbund und damit dessen absolute Majorität gesichert.

Der Thüringer Ordnungsbund Weimar veröffentlicht folgenden Text:

Das Ziel ist erreicht, der Sieg des Ordnungsbundes errungen, die kommunistisch-sozialistische Partei und Genossenschaft gebrochen, alle, die uns im Wahlkampf in so fahrlässiger und überheblicher Weise unterliefen; und dadurch zum Siege mit beigetragen haben, sagen wir hiermit unseren wärmsten Dank. Vor allem gilt unser Dank der hiesigen Reichsregierung, die sich in bester Tradition der Weimarer Demokratie dem Ordnungsbund gestellt und als besten Helfer und wertvollsten Mitkämpferin betätigt hat.

Der Termin der bayerischen Neuwahlen

München, 12. Februar.

Die Abstimmung des bayerischen Landtages am letzten Freitag hat die Meinung nach baldiger Veranlassung der Landtagsarbeiten erneut werden lassen. Der demokratische Fraktionsführer hat an den Landtagspräsidenten, das Ergebnis der Abstimmung, zu morgen, Mittwoch, eine Sitzung des Reichstages einzuberufen, in der über die rasche Erledigung der vom Landtag nach zu behandelnden Angelegenheiten, sowie über den Termin der Landtagsarbeiten, beraten und eine Vereinbarung über ein an die Regierung zu richtendes Schreiben wegen des Tages der Neuwahlen getroffen werden soll.

Münchener Gedächtnisfeier für die Novemberkrieger

München, 12. Februar.

Am Montagabend veranstalteten die bayerischen und nationalen Verbände eine große Gedächtnisfeier für die Novemberkrieger in der St. Michaelskirche. Der Generalsekretär erklärte der Rede, Dr. Schaub, man wolle nicht klagen und anfragen, sondern warten, bis die Schiefer weggezogen werden von den Vorgängen jener Tage. Am nächsten waren seine Ausführungen auf Verödung, Verwundung des Landes und Gottes und auf Christus zu gerichtet, die zur Bildung einer deutschen Volksgemeinschaft führen müßte. Die Feier nahm einen würdig ungetrübten Verlauf.

Nothenbücher gegen Kahr

München, 11. Februar.

Universitätsprofessor Dr. Nothenbücher hat gegen den Generalkonzeptionsrat Dr. v. Kahr Strafantrag eingereicht wegen Verleumdung, weil er in der amtlichen Veröffentlichung des Generalkonzeptionsrats über das Verhalten der Verleumdung der Nothenbücher verfahren Professor Dr. v. Kahr hat die Tat enthalten war. Die Professoren enthält große Unwahrheiten und tendenziöse Entstellungen.

Keine Veränderung des Reichswahlrechts

Berlin, 12. Februar.

Zwischen dem Reichstagsrat Marx und dem Führer der Parteien hat gestern ein Gespräch stattgefunden, die sich auf die Änderung des Reichswahlrechts bezog. Man kam überein, von einer Veränderung des Entwurfs, der dem Reichstag bereits vorgelegen ist, an den Reichstag abzugeben. Es wird also darauf verzichtet, nach der Neuwahl die Änderung des Reichswahlgesetzes zu beschließen. Die Änderung des Reichswahlgesetzes werden also nach den bisher geltenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes durchgeführt werden.

Die Strafe für die deutschen Schiffsmeneger

Hamburg, 12. Februar.

Nachdem gestern nachmittag der bündige Dampfer „Rosita“ mit etwa 600 Deutschen, die sich am Streit in England beteiligt hatten, im Seehafen eingetroffen war, wurden die Anstimmungen im Kriminalpolizei mit einem großen Aufgebot der Ordnungspolizei in Kraft genommen. Die Befragung der Dampfer-Schiffe wurde sofort bearbeitet und die Benennung von den übrigen Schiffen deutscher Hälften zum Teil protokolliert, vormalen, zum Teil ihrer Seemannsbehörde übergeben. Ihre Mitglieder wählten ihres Amtes. Die Beurteilung erfolgte sehr schnell. Die Strafen lauteten allgemein auf vier- bis fünf Jahre Zuchthaus, mit anschließender Bewährungsfrist, während die Reichsbürger flüchtiger zugelassen wurden. Die Verurteilung erstreckt sich auf einige hundert Deutsche.

Um die dritte Steuernoperordnung

Keine Aussicht auf eine Zweidrittel-Mehrheit.

Berlin, 12. Februar.

Der Unterhaushalt des Reichstages hat am Dienstag vormittag seine Beratungen über die dritte Steuernoperordnung im wesentlichen abgeschlossen. Nach heute nahmen die drei am meisten interessierten Minister, der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsjustizminister, an den Verhandlungen teil. Eine Einigung der Parteien gerade über die wichtigsten Probleme der Steuernoperordnung, namentlich die Umwertung der Hypotheken, ist nicht zu Stande gekommen. Vor allem besteht keine Aussicht, doch im Reichstage eine Zweidrittelmehrheit in dieser Frage zu finden ist, die aber notwendig sein würde, um sich um eine Verfassungsänderung handelt. Infolgedessen wird es nunmehr Aufgabe der Regierung sein, sich um die dritte Steuernoperordnung zu bemühen, wobei sie vornehmlich die von den Parteien geäußerten Wünsche nach Rücksicht berücksichtigen wird, um der Beibehaltung eine längere Lebensdauer zu sichern.

Am Mittwoch nachmittag wird der Unterhaushalt noch einmal in einer abschließenden Sitzung zusammenzutreten, um dann dem Reichstagsrat den Entwurf selbst vorlegen zu können.

Die kommunistische Aktion verschoben

Der kritische 13. Februar

Nach in Sachsen kommunistische Aufstiege.

Dresden, 12. Februar.

Die Aufhebung des kommunistischen Aufstiegsplans in Stuttgart hat auch in Sachsen die neuen kommunistischen Aufstiegspläne in Frage gestellt. In allen Industriebezirken und Ortschaften haben die Kommunisten Versammlungen in öffentlichen Lokalen, die dann bestimmungsgemäß zu einer in aufstrebender Bewegung auszuwickeln sollen, getroffen. In Leipzig sind Flugblätter mit der öffentlichen Aufforderung zum Aufbruch verteilt worden. Für den 13. Februar werden die Reichsregierung die großen Demonstrationen anberaumt. Auch für Dresden haben die Kommunisten entsprechende Vorbereitungen getroffen. Das Dresdener Polizeipräsidium macht auf das Verbot von Massenversammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel aufmerksam und teilt in einer Bekanntmachung mit, daß Versuche hierzu mit allen Mitteln verhindert werden können.

Sie erfordern dazu nach von zukünftiger Stelle, daß alle Versammlungen getroffen seien, um etwaige ausbrechende Unruhen im Reine zu ersticken.

Hinsichtlich, 12. Februar.

Der Militärattaché wird mitgeteilt: Der politische Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums ist es gelungen mit der Hauptpolizei gelangen, am 11. d. M. abends eine Vernehmung von Kommunistenführern bei der Vernehmung der für den 13. Februar geplanten Demonstrationen zu überführen und auszuliefern. 85 Teilnehmer der Versammlung wurden verhaftet. Es ist zu hoffen, daß durch diesen Zugriff die geplante Demonstration im wesentlichen bezweckt wird. Außerdem sind alle Versammlungsstätten gesperrt.

Abgeblasen!

Berlin, 12. Februar.

Es scheint, daß die für den 13. Febr. geplante kommunistische Aktion in Form von Gewerkschaften in den Reichs, deren weitgehende Vorbereitungen in den verschiedenen Städten bereits aufgegeben worden konnten, vorläufig bis zum 20. Februar, verschoben worden ist. Selbst in den Betrieben mit stark kommunistischen Einschlag besteht nach dem ungenügenden Verlauf der letzten kommunistischen Demonstrationen an der hiesigen Sitzung die Möglichkeit der Gewerkschaften. Nur unter den Gewerkschaften sind die kommunistischen Agitatoren auf wenig

Die kommunistische Aktion verschoben

Der kritische 13. Februar

Nach in Sachsen kommunistische Aufstiege.

Dresden, 12. Februar.

Die Aufhebung des kommunistischen Aufstiegsplans in Stuttgart hat auch in Sachsen die neuen kommunistischen Aufstiegspläne in Frage gestellt. In allen Industriebezirken und Ortschaften haben die Kommunisten Versammlungen in öffentlichen Lokalen, die dann bestimmungsgemäß zu einer in aufstrebender Bewegung auszuwickeln sollen, getroffen. In Leipzig sind Flugblätter mit der öffentlichen Aufforderung zum Aufbruch verteilt worden. Für den 13. Februar werden die Reichsregierung die großen Demonstrationen anberaumt. Auch für Dresden haben die Kommunisten entsprechende Vorbereitungen getroffen. Das Dresdener Polizeipräsidium macht auf das Verbot von Massenversammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel aufmerksam und teilt in einer Bekanntmachung mit, daß Versuche hierzu mit allen Mitteln verhindert werden können.

Sie erfordern dazu nach von zukünftiger Stelle, daß alle Versammlungen getroffen seien, um etwaige ausbrechende Unruhen im Reine zu ersticken.

Hinsichtlich, 12. Februar.

Der Militärattaché wird mitgeteilt: Der politische Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums ist es gelungen mit der Hauptpolizei gelangen, am 11. d. M. abends eine Vernehmung von Kommunistenführern bei der Vernehmung der für den 13. Februar geplanten Demonstrationen zu überführen und auszuliefern. 85 Teilnehmer der Versammlung wurden verhaftet. Es ist zu hoffen, daß durch diesen Zugriff die geplante Demonstration im wesentlichen bezweckt wird. Außerdem sind alle Versammlungsstätten gesperrt.

Abgeblasen!

Berlin, 12. Februar.

Es scheint, daß die für den 13. Febr. geplante kommunistische Aktion in Form von Gewerkschaften in den Reichs, deren weitgehende Vorbereitungen in den verschiedenen Städten bereits aufgegeben worden konnten, vorläufig bis zum 20. Februar, verschoben worden ist. Selbst in den Betrieben mit stark kommunistischen Einschlag besteht nach dem ungenügenden Verlauf der letzten kommunistischen Demonstrationen an der hiesigen Sitzung die Möglichkeit der Gewerkschaften. Nur unter den Gewerkschaften sind die kommunistischen Agitatoren auf wenig

Abgeblasen!

Berlin, 12. Februar.

Es scheint, daß die für den 13. Febr. geplante kommunistische Aktion in Form von Gewerkschaften in den Reichs, deren weitgehende Vorbereitungen in den verschiedenen Städten bereits aufgegeben worden konnten, vorläufig bis zum 20. Februar, verschoben worden ist. Selbst in den Betrieben mit stark kommunistischen Einschlag besteht nach dem ungenügenden Verlauf der letzten kommunistischen Demonstrationen an der hiesigen Sitzung die Möglichkeit der Gewerkschaften. Nur unter den Gewerkschaften sind die kommunistischen Agitatoren auf wenig

Abgeblasen!

Berlin, 12. Februar.

Es scheint, daß die für den 13. Febr. geplante kommunistische Aktion in Form von Gewerkschaften in den Reichs, deren weitgehende Vorbereitungen in den verschiedenen Städten bereits aufgegeben worden konnten, vorläufig bis zum 20. Februar, verschoben worden ist. Selbst in den Betrieben mit stark kommunistischen Einschlag besteht nach dem ungenügenden Verlauf der letzten kommunistischen Demonstrationen an der hiesigen Sitzung die Möglichkeit der Gewerkschaften. Nur unter den Gewerkschaften sind die kommunistischen Agitatoren auf wenig

Abgeblasen!

Berlin, 12. Februar.

Es scheint, daß die für den 13. Febr. geplante kommunistische Aktion in Form von Gewerkschaften in den Reichs, deren weitgehende Vorbereitungen in den verschiedenen Städten bereits aufgegeben worden konnten, vorläufig bis zum 20. Februar, verschoben worden ist. Selbst in den Betrieben mit stark kommunistischen Einschlag besteht nach dem ungenügenden Verlauf der letzten kommunistischen Demonstrationen an der hiesigen Sitzung die Möglichkeit der Gewerkschaften. Nur unter den Gewerkschaften sind die kommunistischen Agitatoren auf wenig



